

Zeitschrift für Diskursforschung Journal for Discourse Studies

■ Kevin Howley

Violence, Intimidation and Incarceration: America's War on Whistleblowers

■ Robert Feustel und Florian Spissinger

»Selbsterhalt ist kein Rassismus« Zur neurechten Politik der Entpolitisierung

■ Thomas Scheffer

Normalpolitik, Radikalpolitik und die Unwahrscheinlichkeit existentieller Probleme Eine trans-sequentielle Rekonstruktion parlamentarischer Diskursarbeit

■ Michael Brandmayr

Die diskursive Formierung von Unterrichtspraktiken durch Kompetenzorientierung und Bildungsstandards und die Neuordnung von Machtverhältnissen in österreichischen Schulen

Inhaltsverzeichnis

Reiner Keller / Werner Schneider / Willy Viehöver Editorial
Themenbeiträge
Kevin Howley Violence, Intimidation and Incarceration: America's War on Whistleblowers
Robert Feustel und Florian Spissinger »Selbsterhalt ist kein Rassismus« Zur neurechten Politik der Entpolitisierung
Thomas Scheffer Normalpolitik, Radikalpolitik und die Unwahrscheinlichkeit existentieller Probleme Eine trans-sequentielle Rekonstruktion parlamentarischer Diskursarbeit
Michael Brandmayr Die diskursive Formierung von Unterrichtspraktiken durch Kompetenzorientierung und Bildungsstandards und die Neuordnung von Machtverhältnissen in österreichischen Schulen
Reviews
Alexander Hamedinger Barbehön, Marlon (2015): Die Europäisierung von Städten als diskursiver Prozess. Urbane Konstruktionen des Mehrebenensystems und die lokale Umsetzung europäischer Politik
Heike Kahlert Messerschmidt, Reinhard (2018): Aussterben vertagt? Demografischer Wandel in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion
Britta Schneider Rheindorf, Markus & Wodak, Ruth (2020): Sociolinguistic Perspectives in Migration Control. Language Policy, Identity and Belonging

258 Inhaltsverzeichnis

Internationale Diskursnetzwerke stellen sich vor

Eva Codó / Miguel Pérez-Milans 2019 – 2022 EDiSo Presidency Asociación de Estudios sobre Discurso y Sociedad (EDiSo)	386
Service	
Spring School	
Wissenssoziologische Diskursanalyse	390
Tagung	
Die Diskursive Konstruktion von Wirklichkeit V –	
Interdisziplinäre Perspektiven einer wissenssoziologischen Diskursforschung	392

Alexander Hamedinger

Barbehön, Marlon (2015):
Die Europäisierung von Städten als diskursiver Prozess.
Urbane Konstruktionen des Mehrebenensystems und die lokale Umsetzung europäischer Politik.
Baden-Baden: Nomos.

Der Politikwissenschaftler Marlon Barbehön schlägt in dieser leicht überarbeiteten Fassung seiner Promotionsschrift Brücken zwischen einer an Michel Foucault angelehnten Diskursforschung und der Forschung zur Europäisierung allgemein und von Städten im Besonderen. In der Einleitung (Kap. 1) werden beim Leser entsprechend hohe Erwartungen geweckt, etwa wenn davon die Rede ist, dass die Untersuchung »drei Forschungsrichtungen und Theorietraditionen« (S. 15) zusammenführt: »Europäisierung, Diskurs und Stadt«.

In der wissenschaftlichen Begründung seiner Themenstellung führt der Autor aus, dass die EU für städtische Politik in den vergangenen Jahren immer wichtiger geworden ist. Daher sei es auch notwendig, mehr über den Zusammenhang zwischen Europäischer und lokaler Ebene der Politik zu wissen. Dabei, so Barbehön, ist zu diesem Zusammenhang in bisherigen Forschungsarbeiten aus diskurstheoretischer Sicht nur wenig gesagt worden. Wenn die EU als »Produkt lokaler Aneignungs- und Deutungsleistungen« (S. 15) verstanden wird, könne eine Wissenslücke in der diesbezüglichen Forschung geschlossen und gleichzeitig verstanden werden, warum Städte in ihren lokalen Handlungsmöglichkeiten auf EU-Vorgaben (etwa in Form der in der vorliegenden Arbeit untersuchten Feinstaubrichtlinie) unterschiedlich reagieren. Vor dem wissenschaftstheoretischen Hintergrund des Sozialkonstruktivismus ist die EU daher auch nicht als externes, von Deutungszuschreibungen unabhängiges Objekt zu betrachten, an dessen Vorgaben sich die Städte mehr oder weniger anpassen, sondern als soziales Konstrukt, welches sich von Stadt zu Stadt unterscheidet. Ausgangspunkt der Forschung zum bereits genannten Zusammenhang müssen daher so der Autor - diskursive Konstruktionen der EU

in den einzelnen Städten sein. Marlon Barbehön verschränkt in seiner Untersuchung von Dortmund und Frankfurt also zwei Perspektiven: »die Rekonstruktion der stadtspezifischen Europadiskurse« und die »lokalpolitischen Handlungsmöglichkeiten, die durch diese Diskurse erzeugt werden« (S. 20). Die lokal unterschiedlichen Europadiskurse bilden demnach das hinsichtlich des Umgangs mit der EU-Feinstaubrichtlinie »Sagbare«, und »Machbare«, d.h. das, was an Maßnahmen und Handlungsmöglichkeiten möglich oder eben nicht möglich ist. Oder wie er es an anderer Stelle formuliert, geht es ihm darum,

»den vielfältigen empirischen Hinweisen auf die städtische Spezifik von europapolitischen Orientierungsleistungen systematisch auf den Grund [zu] gehen sowie die variablen lokalpolitischen Reaktionen auf das Regieren im Mehrebenensystem in Abhängigkeit der ermöglichenden und einschränkenden Wirkung kollektiver Sinnsysteme in den Blick nehmen zu können« (S. 102).

Der Ort mach also signifikant einen Unterschied, und daher ist es notwendig, zu rekonstruieren wie Impulse der EU lokal wahrgenommen, interpretiert und in lokale Bedeutungskontexte gesetzt werden.

Die nächsten beiden Kapitel widmet Barbehön dem Stand der Forschung zum Verhältnis zwischen Städten und Europa (Kapitel 2) sowie zur Europäisierung (Kapitel 3). Große Aufmerksamkeit bekommt dabei das Europäische Recht und seine Bedeutung für die Städte, zum Beispiel im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge (Stromversorgung etc.), die in den Mittelpunkt von Maßnahmen der Marktliberalisierung gerückt ist. Ebenso nennt der Autor u.a. die Ausschreibungspflicht öffentlicher Aufträge sowie verschiedene Vorgaben der Europäischen Umweltpolitik, die vor allem die städtische Planungspolitik betreffen. Weiterhin ist die Europäische Struktur- und Raumordnungspolitik für die Städte bedeutsam. Der Autor skizziert kurz die historische Entwicklung der Politik der EU in diesem Themenfeld. Laut Barbehön bekamen die Städte darin eine immer größere Rolle. Gleichzeitig verweist er auf empirische Arbeiten, in denen deutlich gemacht wurde, dass über bestimmte EU-Förderprogramme Strukturen der lokalen politisch-administrativen Systeme verändert werden können. Schließlich geht Barbehön noch auf die Beteiligungsmöglichkeiten der Städte an der Entwicklung Europäischer Politik ein (z.B. über transnationale Städtenetzwerke wie Eurocities). Interessant sind zudem seine Ausführungen zu den Auswirkungen der Europäischen Integration auf die Veränderung von »lokalpolitischen Institutionen und Prozessen« (S. 47 ff.). Dies vor allem deswegen, weil er Lücken in den diskutierten Forschungsansätzen identifiziert. In diesen werde oft von lokalen Bedingungszusammenhägen oder von einer lokalen politischen Kultur gesprochen, ohne genau auszuführen, was damit gemeint ist.

In Kapitel 3 folgt nun eine sehr detailreiche Auseinandersetzung mit dem Ansatz der Europäisierung. Dabei wird entweder von einer »Anpassungsleistung« der Städte gesprochen (»goodness of fit«, S. 76). Der Autor kritisiert dieses Verständnis von Europäisierung, das ein sehr reduziertes und einseitiges Bild des Wechselverhältnisses zwischen Städten und der EU darstellt, in dem lokale Bedeutungszuschreibungen auch gar nicht vorkommen. Oder es wird in der Literatur von einem »Wandel politischer Horizonte« auf nationaler und lokaler Ebene (S. 79) gesprochen, in denen die EU als neuer Bezugspunkt erscheint. In diesen Forschungsansätzen werde im Vergleich zum vorher genannten von einer bottom-up Logik ausgegangen, in dem (lokale) Akteur*innen in den Mittelpunkt der Analyse rücken. Für den Autor bieten diese Ansätze einige Anschlusspunkte für seine empirische Untersuchung, da die »Wahrnehmung der EU in Städten im Zentrum des Interesses« (S. 86) steht, und auf die Bedeutung von Diskursen verwiesen wird. Gleichzeitig kritisiert er den akteurszentrierten und positivistischen Zugang zur Erforschung der Europäisierung, in welchem Diskurse als Ressourcen von Akteur*innen betrachtet werden und nicht »als regelhafte Systeme der Bedeutungszuschreibung« (S. 86). Ein Diskurs ist für ihn dagegen in Anlehnung an die Diskurstheorie von Michel Foucault als ein ȟberindividuelles System an Aussageereignisse« (S. 100) zu verstehen.

Folgerichtig legt Marlon Barbehön seinen diskurstheoretischen Zugang in Kapitel 4 dar. Wie schon erwähnt verwendet er einen poststrukturalistischen Ansatz im Sinne Foucaults. Poststrukturalismus ist ein Überbegriff für neuere Strömungen in unterschiedlichen Wissensdisziplinen und Theorien (z.B. Planungstheorie). Barbehön konzentriert sich allerdings aufgrund seiner Fragestellungen auf die Diskurstheorien innerhalb des Poststrukturalismus, der seinen Ausgangspunkt in den Arbeiten von Jacques Derrida und Michel Foucault hat. Die Diskurstheorie von Foucault ist sicherlich geeignet, als theoretischer Rahmen für seine empirische Untersuchung zu fungieren, da Diskurse als überindividuelle Systeme betrachtet werden, in denen sich auch immer »Machteffekte« zeigen (S. 109), da sie aufspannen, was sagbar und machbar ist und was wahr oder falsch ist. Sie haben damit Einfluss auf das, was als lokalpolitische Handlungsmöglichkeiten erscheint.

In Bezug auf seinen Begriff von »Stadt« knüpft er an die Arbeiten rund um das Forschungsfeld über die »Eigenlogik der Städte« (S. 126 ff.) an, in denen grundsätzlich davon ausgegangen wird, dass es so etwas wie lokalspezifische symbolische Ordnungen gibt, die u.a. den sozialen und den politischen Raum mitstrukturieren. Diskurse sind aus post-strukturalistischer Sicht von ihrem ieweiligen räumlichen und zeitlichen Kontext abhängig. Die Stadt im Sinne eines relationalen Raumverständnisses wird u.a. als Produkt diskursiver Praktiken betrachtet. Damit positioniert sich der Autor hinsichtlich seines Raumverständnisses klar, allerdings ohne genau zu begründen, wieso andere Raumverständnisse (z.B. von Henri Lefebvre) für ihn nicht ertragreich sind. Dies hätte eine genaue Auseinandersetzung mit anderen Stadtund Raumverständnissen vorausgesetzt.

Seine Methodologie und die gewählten Methoden (Kapitel 5) stehen in der Tradition der interpretativen Sozialforschung. Barbehön will »Strukturmuster innerhalb einer Vielzahl von Aussagen« (S. 148) identifizieren, wobei das Untersuchungsmaterial »faktisch ergangene Aussageereignisse« sind. Die Städteauswahl folgt nicht einer deduktiven Logik im Sinne eines positivistischen Forschungsdesigns, sondern habe etwas zugegebenermaßen »Arbiträres«. Gleichzeitig verweist der Autor schon auf vorliegende empirische Arbeiten zu den beiden Städten Dortmund und Frankfurt, auf die er zurückgreifen kann. Da eine Diskursanalyse im Anschluss an die Arbeiten von Foucault eine Interpretation von »natürlichen Aussageereignisse[n]« (S. 157) beinhalten muss, fokussiert der Autor auf die Analyse von Aussagen in der lokalen Zeitungsberichterstattung sowie in den Protokollen der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt und des Rates der Stadt in Dortmund (2005 bis 2011). Die gesammelten Texte wurden zuerst inhaltsanalytisch (mit vier übergreifenden Kategorien) und dann diskursanalytisch ausgewertet. Um Strukturmuster in den Deutungen herauszuarbeiten, führte Marlon Barbehön ein abduktives Verfahren durch (S. 165). Die daraus generierten Codes ordnete er dann »übergreifenden Gruppen« (S. 166) zu:

»Selbst- und Fremdbezüge [...], die Stadt im Konzert der europäischen Städte [...], die Relationierung von Interessen [...], die Konstruktion von Handlungskapazitäten [...], die europäische Integration als Wandlungsprozess« (S. 166–167).

Zur Rekonstruktion des städtischen Umgangs mit der Feinstaubrichtlinie der EU wurde ebenso mit Aussagen aus lokalen Zeitungen und den Protokollen gearbeitet (Textkorpora von 2004 bis 2011).

Hauptsächliches Ziel der Analyse der Texte war es einerseits, die »Genese« (S. 176) der lokalspezifischen Umsetzung der Feinstaubrichtlinien herauszuarbeiten und andererseits Bezüge zu den spezifischen städtischen Europadiskursen herzustellen. Der Autor betont, dass der Zusammenhang zwischen den Europadiskursen und der lokalen Umsetzung nicht deterministisch gedacht werden kann. Barbehön erwähnt aber auch Grenzen seiner Arbeit: So kann die Entstehung dieser Diskursordnungen aufgrund der zeitlichen Einschränkung der Untersuchung nicht gänzlich nachgezeichnet werden; die Materialbasis erzeugt eine gewisse Selektion (z.B. nur teilweiser Einblick in Aushandlungsprozesse innerhalb der politisch-administrativen Systeme); der Fokus auf Diskurse ermöglicht nicht, herauszuarbeiten, was bewusst gesagt oder getan wird, ob es sich um unhinterfragte Grundüberzeugungen handelt. Dem wird allerdings gleich entgegnet, dass jeder Umsetzungsvorschlag ja öffentlich begründet werden muss. Laut Barbehön geht es nicht um Interessen, sondern darum, und hier zitiert er Marten Hajer (2008, S. 219), »wie Interessen im Zusammenhang mit besonderen Diskursen und organisationalen Vorgehensweisen ausgespielt werden« (S. 183.). Diese Begründung ist an dieser Stelle etwas dünn und der Leser würde sich noch weitere Ausführungen zu diesem Argument wünschen, denn es ist ein zentrales: Nicht Akteur*innen und deren

Interessen haben Signifikanz, sondern die Diskursordnungen, welche das Sagen und Tun der Akteur*innen ermöglichen oder einschränken. Das Wechselverhältnis zwischen Handeln und Strukturen ist schon in anderen Publikationen deutlich gemacht worden. Hier wäre es interessant, mehr darüber zu erfahren, wie sich beide >Seiten < systematisch aufeinander beziehen, um dann bestimmte Aussagen und Handlungen zu erzeugen.

Nun zu den Ergebnissen der empirischen Untersuchung, die in den Kapiteln 6 (städtische Europadiskurse) und 7 (Umsetzung der Feinstaubrichtlinie) dargelegt werden. Das zentrale Ergebnis überrascht nicht: Die städtischen Europadiskurse unterscheiden sich beträchtlich. Während für das Selbstverständnis von Frankfurt die Nähe zu Europa und die Vorstellung einer internationalen Metropole, die auch Europa selbst prägt, kennzeichnend ist, tritt im Dortmunder Diskurs die Distanz zur EU, welche undurchsichtig ist und weit weg von den Lebensrealitäten der Stadt, deutlich hervor. Im Frankfurter Diskurs kommt die Stadt als agierendes »Individuum« (S. 291) vor, in dem die europäischen und städtischen Agenden quasi harmonisch ineinandergreifen. Dagegen erscheint im Dortmunder Diskurs die EU als etwas Fremdes und die Stadt selbst als ein letztes Glied in einem hierarchischen Mehrebenensystem. Hinsichtlich der lokalen Handlungsfähigkeit wird Frankfurt als innovative und handlungsfähige Vorbildstadt vorgestellt, während Dortmund als in den Handlungsmöglichkeiten eingeschränkte Stadt dargestellt wird, die sich Zwängen und externen Anforderungen ausgesetzt sieht. Wandlungsprozesse werden in Frankfurt als Ausdruck von Modernität angesehen, wobei Frankfurt selbst als Motor von Veränderungen betrachtet wird. Dies kontrastiert wiederum zum Dortmunder Diskurs, in welchem Veränderungen als etwas extern Erzeugtes imaginiert werden, die Traditionen bedrohen.

Auch in der Umsetzung der Feinstaubrichtlinien zeigen sich wesentliche Unterschiede im Diskurs hinsichtlich Problemdefinitionen, vorgebrachten Argumenten und politischen Lösungsvorschlägen. Zwei zentrale Punkte hebt der Autor hier heraus. Erstens: Die Städte unterscheiden sich also im Umgang mit der Richtlinie. Dieses empirische Ergebnis widerspricht der oft in der relevanten Literatur genannten These der »ver-

einheitlichenden Wirkung« (S. 364) der Umweltpolitik der EU. Zweitens: In beiden Fällen hat sich gezeigt, dass der städtische Europadiskurs den Umgang mit der Feinstaubrichtlinie nicht determiniert, aber prägt. So wird in Frankfurt die Richtlinien nicht als etwas Externes, sondern im Gegenteil schon immer als städtisches Anliegen betrachtet. Im Diskurs zeigt sich die Handlungsfähigkeit der Stadt, da davon ausgegangen wird, dass die Stadt diese Problematik lösen wird. Die Richtlinie wird als »Orientierungsrahmen« (S. 366) gesehen, die in die städtische Politik eingepasst werden muss. Zugleich imaginiert sich Frankfurt als Vorreiterstadt, welche andere Städte inspirieren kann (z.B. im Fall der Umweltzone). Der Dortmunder Diskurs zeigt hingegen ein fast gänzlich anderes Bild: Die Feinstaubrichtlinie wird als Ergebnis supranationaler Politik betrachtet, welche von den Dortmunder Anliegen weit weg ist. Zuständig für die Lösung dieser Problematik sind in diesem Diskurs immer supralokale Institutionen und Akteur*innen. Dortmund ist vor allem »Ort der Implementation« (S. 370) von supralokal definierten Vorgaben, welche die Handlungsfähigkeit der Stadt einschränken. Daher werden auch Maßnahmen vorgeschlagen und umgesetzt, welche nur minimal in den Status Quo eingreifen. Schließlich betont Marlon Barbehön noch einmal den Mehrwert seiner Analyse: Durch die Verknüpfung mit den städtischen Europadiskursen kann besser verstanden werden, wieso sich die Städte hinsichtlich des Umgangs mit der Feinstaubrichtlinien unterscheiden. Richtigerweise führt er hinsichtlich der Diskurse aus:

»Vielmehr lassen sie sich als (präreflexive) Standards des Sozialen begreifen, die Räume für politisches Handeln eröffnen und begrenzen - die spezifischen Bewegungen innerhalb dieser Räume sind jedoch nicht determiniert, sondern Produkt von komplexen Interpretations- und Abwägungsprozessen« (S. 374).

Im abschließenden Kapitel 8 führt er die wesentlichen empirischen Erkenntnisse noch einmal zusammen. Auch hier hebt der Autor wiederum hervor, wie städtische Europadiskurse »>sinnvolle, d.h. in der politischen Debatte anschlussfähige Problemdefinitionen, Argumentationsgänge und Handlungsvorschläge« (S. 378-379) für lokalpolitische Handlungsmöglichkeiten aufspannen. Also: Städte unterscheiden sich, wenn es darum geht, EU-Vorgaben umzusetzen, und dies vor allem hinsichtlich »kollektiv wirksame[r] Diskursordnungen« (S. 378). Dieses kollektive Wissen einer Stadt erzeugt bestimmte lokalpolitische Positionen, von denen eben manche als durchsetzbar erscheinen und andere wiederum nicht. Damit, so die Argumentation von Barbehön, konnte auch gezeigt werden, dass Städte jeweils eigene »Modi der Konstruktion und Prozessierung von Wirklichkeit« (S. 389) aufweisen. Im Gegensatz zu Annahmen der lokalen Politik- und Stadtforschung muss daher beim sinnhaften Aufbau der jeweiligen Stadt angesetzt werden. Die diskursanalytische Stadtforschung bringt diese Differenzen zwischen den Städten hervor. Weiterhin argumentiert er, dass aufgrund dieser Erkenntnisse Städte aus der Sicht der EU nicht einfach als Adressaten der Politik zu betrachten sind. sondern es darum gehen muss, deren »kulturelle Ordnungen« (S. 392) besser zu verstehen. Daher hängt die Wirkungsweise von Europäischen rechtlichen Vorgaben, aber auch von finanziellen Förderungen (etwa im Rahmen der Strukturpolitik) mit den jeweiligen Wirklichkeitskonstruktionen der Städte zusammen. Aus steuerungstheoretischer Sicht bedeute dies, mehr mit »flexiblen Steuerungsformen« (S. 393) zu arbeiten, welche die lokalen Unterschiede besser berücksichtigen. Auch für die Europäisierungsforschung leiste ein solcher Zugang einen wichtigen Beitrag, denn so kann rekonstruiert werden, wie mit Europäischen Vorgaben im jeweiligen Ort Sinn gemacht wird.

Insgesamt betrachtet handelt es sich beim Buch von Marlon Barbehön um einen innovativen Beitrag zu einer diskurstheoretisch ausgerichteten Stadtforschung im Sinne des Eigenlogik-Ansatzes, da es ihm darum geht, Diskurs-, Stadt- und Europäisierungsforschung theoretisch und empirisch zusammenzubringen. Weiterhin leistet der Autor sicherlich einen Beitrag dazu, eine »post-positivistische Perspektive« in der Forschung zur Europäisierung von Städten zu stärken. An manchen Stellen, etwa wenn Begriffe wie »Stadt«, »Raum« oder »Governance« vorkommen, oder wenn es darum geht, überlokale und lokale Strukturen und Handlungen systematisch zusammenzudenken, wäre eine ausführlichere Argumentation wünschenswert gewesen. Allerdings sind seine letzten, mehr auf theoretische Argumentationsstränge bezogenen Ausführungen zu Stadt, Diskurs und Europäisierung sehr aufschlussreich, da sie Forschungslücken aufzeigen und gleichzeitig Erweiterungen von theoretischen Blickwinkeln beinhalten. Es ist sicherlich richtig, dass die Forschung zur Europäisierung von Städten von einem diskursanalytischen Zugang profitiert. Gleichzeitig ist darauf hinzuweisen - dessen ist sich der Autor auch bewusst -, dass Aushandlungsprozesse Akteur*innen innerhalb und außerhalb der lokalen politisch-administrativen Systeme den Umgang mit EU-Vorgaben prägen. Zudem gibt es überlokale strukturelle Aspekte (z.B. Einbindung der Stadt in die europäische oder globale Ökonomie oder nationalstaatliche Aushandlungsstrukturen), welche diesen Umgang sicherlich auch prägen. Durch seinen theoretischen Zugang sei es ihm möglich, Machtverhältnisse (S. 391) zu thematisieren und »Alternativen« sichtbar zu machen. Allerdings führt Barbehön nicht aus, was damit gemeint ist. Schließlich ist Macht ein relationales Phänomen, in welchem Akteur*innen bestimmte Handlungsmöglichkeiten haben, die nicht nur von übergeordneten Sinnzusammenhängen der Stadt geprägt werden. Dies im Zusammenspiel mit den »sichtbaren« Diskursen (z.B. in Zeitungsartikeln) zu denken, wäre eine wesentliche Bereicherung der lokalen Politikund Stadtforschung.

Literatur

Hajer, M. (2008): Diskursanalyse in der Praxis: Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In: Janning, F./Toens, K. (Hrsg.): Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 211–222.

Anschrift:
Prof. Dr. Alexander Hamedinger
TU Wien, Institut für Raumplanung,
Fachbereich Soziologie
Karlsplatz 13
1040 Wien
E-Mail: alexander.hamedinger@tuwien.ac.at

Heike Kahlert

Messerschmidt, Reinhard (2018): Aussterben vertagt? Demografischer Wandel in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion. Frankfurt und New York: Campus.

Die anhaltend niedrigen Geburtenziffern insbesondere deutscher Frauen im gebärfähigen Alter, aber auch der vermeintlich drohende Zusammenbruch des Sozialversicherungssystems durch die steigende Anzahl älterer Menschen und ihre Pflegebedürftigkeit sowie der um sich greifende Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt gehören längst zum Allgemeinwissen. Jüngst erweitert wurde dieser Wissensvorrat noch durch die Ausrufung des sogenannten langen »Sommer[s] der Migration« (Kasparek/Speer 2015), Mitte 2015 beginnend, und die damit viel beschworene vermeintliche Flüchtlingskrise, womit nunmehr die drei wichtigsten demografischen Grundprozesse auf der öffentlichen Agenda stehen. Die entsprechenden Skandalisierungen dieser demografischen Wissensbestände stoßen derzeit insbesondere im neokonservativen Spektrum rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien und ihrer Anhänger*innen auf große Resonanz und nähren dort, entsprechend alarmistisch aufgemacht, die Befürchtung, dass der bereits 1918 von Oswald Spengler heraufbeschworene »Untergang des Abendlandes« nun wirklich kurz bevorstünde.

Wissenssoziologisch betrachtet ist die in Deutschland öffentlich breit artikulierte Problematisierung des Alterns und vermeintlichen Schrumpfens der Bevölkerung mit einem Bedeutungszuwachs demografischen Wissens verbunden. Das von einer bisher relativ kleinen Scientific Community grundständiger Demograf*innen produzierte Wissen erfährt seit den 2000er Jahren insbesondere in der Ökonomie und der politischen wie medialen Öffentlichkeit hohe Aufmerksamkeit. In der Juni-Ausgabe 2006 der Zeitschrift Literaturen - Das Journal für Bücher und Themen, die sich in ihrem Schwerpunkt unter dem Titel »Land ohne Leute? Ein deutsches Dilemma« mit dem Geburtenrückgang befasste, war sogar davon die Rede, dass die Demografie zur »neuen Leitwissenschaft« (Literaturen 2006, S. 6, Teaser zum Rezensionsessay von Engelmann)